

alles liegen. Mindesten fehlt auf der Welt die meiste Zeit, als daß der Welt eine bessere Stelle bieten als hier.

## Bezugs-Preis

In der Hauptpostlinie oder deren Abzweigstellen abholbar: vierzigpfennig A 240, bei täglich gleichmäßiger Auslieferung im Preis vierzigpfennig A 2. Durch einen auswärtsigen Umgebaustellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich vierzigpfennig A 450, für die übrigen Länder laut Postauskunft.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Buchstaltern 10 Pf.

Redaktion und Expedition:  
Johannstraße 8,  
Telephon Nr. 188, Nr. 222, Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau:  
Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 62.  
Telephon 1, Nr. 1275.

Nr. 442.

## Das Wichtigste vom Tage.

\* König Eduard hat anlässlich der Tauffeierlichkeiten in Berlin sehr herzliche Telegramme an Kaiser Wilhelm und den Kronprinzen gesandt.

\* Ein russisches Geschwader, bestehend aus den Linienschiffen „Sokratisch“ und „Slava“, sowie dem Kreuzer „Sogait“ trifft heute in Kiel ein. Die Schiffe werden zusammen mit dem schwedischen und dänischen Geschwader in Kiel ankommandiert.

\* In Wien beginnen am 4. September die Verhandlungen des Vereins deutscher Eisenbahnenverwaltungen. (S. Ausl.)

## Politische Tagesschau.

Leipzig, 31. August.

### Die Bezugspflicht der Abgeordneten.

Im der „Deutschen Reichszeitung“ prägte der bekanntesten Staatsrechtsschreiber Prof. Baudiss die Frage der Bezugspflicht der Abgeordneten, die durch die Beleidigung verschiedener Reichstagsmitglieder, so über die Quellen ihrer im Parlament vorgebrachten Mitteilungen zu den Mitgliedern in der Kolonialverwaltung vor Gericht vernehmen zu lassen, allzu geworfen ist.

Baudiss ist der Ansicht, daß die Abgeordneten zwar genug Recht zu der Reichsverfolgung vor gerichtlicher oder diplomatischer Verfolgung gestellt, nicht aber berechtigt haben, das Gesetz zu verteidigen. Durch die Beleidigung als Zeuge werde der Abgeordnete nicht gerichtlich verfolgt, er werde nicht über sein Verbrechen verhört, sondern über seine Kenntnis einer Tatsache Auskunft zu geben. Was würde die moralische Verpflichtung des Abgeordneten zur Bezugspflicht nicht zu einer Rechtsübersicht erheben, sonst wäre eine Abstimmung des Reichstags zu verhindern. Durch die Beleidigung des Abgeordneten wird nicht die zugesetzte Immunität des Abgeordneten gefährdet, wohl aber würden die Verlegerungen der Amtsvorwürfe leichter werden, denn von den Männern, die als Abgeordnete der republikanischen Partei genannt werden, steht jeder einzige dem Präsidenten mehr oder weniger nahe. Um mehrere dürfte dies bei dem Staatssekretär Root der Fall sein, der als persönlicher Freund des Präsidenten sein volles Vertrauen hat und seit Jahren so besonders schwierig und bedeutsamen Missionen, wie eben jetzt zu einem Besuch der südamerikanischen Staaten, ausgesetzt wird. Neben ihm kommt zunächst der Südbürger W. C. Gannon in Betracht, der, unter dem Namen „Uncle Joe“ bekannt, ein außerordentlicher Popularität erfreut und gegenwärtig im Repräsentantenhaus das Amt des Vorsitzenden bekleidet. Als republikanische Kandidaten werden leider angenommen der Vizepräsident Curtis, der Schiedsrichter Schön, zum mindesten, Gouverneur des Staates Iowa, und endlich der Bürger Charles E. Hughes, der sich durch die Ausführung der Enquête über die Vertragsverhandlungen einen angesehenen und bekannten Namen gemacht hat. Die empore Entscheidung obwohl sie durch auf republikanischer Seite zwischen Root und Gannon fallen, steht erstmals die persönliche Freundschaft und Einfluss Theodore Roosevelt's zur Seite, so kann letzter auf die Unterstützung der Trusts rechnen, denn er steht der gegenwärtigen der Amerikanischen Trustbewegung gegenüber. Selbst Roosevelt ist eine von übertriebenen Sorge jenseits und der Wohlstand des Landes nicht dienlich. Darüber, ob gegen den die Anklage verweisenden Abgeordneten die Bezugspflicht galten soll, spricht Prof. Baudiss nicht aus. — Auch hinsichtlich des Durchsetzung der Rechte eines Abgeordneten kommen nach seiner Meinung keine anderen rechtlichen Grundsätze in Betracht wie hinsichtlich der Bezugspflicht. Kein Geist verleiht den Reichstags- oder Landtagsabgeordneten in dieser Beziehung ein Privilegium, auch daß in Sachen des Abg. Erkinger ein Durchsetzung im Reichstagsschluß zu einer Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt war, stattgefunden hat, sei ohne Bedeutung. Nach der Geschäftsführung für den Reichstag § 62 steht dem Präsidenten des Reichstags die Handhabung der Polizei im Spiegelsaal und in den Auditorien zu; dadurch werde nicht für das Reichstagsgebäude eine Art von Territorialität gegenüber den Staatsbehörden begründet. Die Geschäftsführung sei kein Gesetz und kann die Strafverfolgung nicht abändern oder ergänzen; sondern sie eine gerichtliche Durchsetzung sein als der Polizei; endlich kann der Präsident die Polizei nicht handhaben zu einer Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt ist und der

Präsident weder Pflicht noch Veranlassung hat, im Reichstagsschluß anwesend zu sein.

Soweit die Ausschüsse gehandelt. Sie mögen juristischlich sein. Polizei sind sie nicht. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Verpflichtung der Abgeordneten, Ausschüsse abzulegen, von den Quellen seiner Wissenschaft, den Zweck der ihm verfassungsmäßig verliehenen Immunität beeinträchtigen muß. Was man dem Amt und dem Geistlichen zugestellt, das Recht der Bezugspflichtverweigerung über Dinge, die ihnen als Vertrauenspersonen aus ihrem Beruf willkommen vorkommen, muß auch dem Vertreter des Volkes im Parlament zugestellt werden, der die höchste Vertrauensstellung einnimmt, die das Volk zu vergeben hat. Es ist kaum Sache des Parlaments, sich gegen eine Bezugspflichtigkeit seiner Vertreter auf dem Wege der Gesetzgebung zu wenden, wenn die gegenwärtige Gesetzgebung hierzu nicht ausreichend erkannt wird.

Das Beispiel zur Präsidentschaftswahl in Nordamerika.

Die Zahl der Bewerber um das Urtheil Roosevelt ist bereits recht stattlich anzusehen. Doch Bryan der Kandidat der demokratischen Partei sein wird, ist bereits seit langem bekannt; er hat auch wohl, wenn anders sein republikanischer Gegner durch die Empfehlungen des gegenwärtigen Präsidenten nicht allzu sehr unterlegen wird, wenn er nicht nahe. Um mehrere dürfte dies bei dem Staatssekretär Root der Fall sein, der als persönlicher Freund des Präsidenten sein volles Vertrauen hat und seit Jahren so besonders schwierig und bedeutsamen Missionen, wie eben jetzt zu einem Besuch der südamerikanischen Staaten, ausgesetzt wird. Neben ihm kommt zunächst der Südbürger W. C. Gannon in Betracht, der, unter dem Namen „Uncle Joe“ bekannt, ein außerordentlicher Popularität erfreut und gegenwärtig im Repräsentantenhaus das Amt des Vorsitzenden bekleidet. Als republikanische Kandidaten werden leider angenommen der Vizepräsident Curtis, der Schiedsrichter Schön, zum mindesten, Gouverneur des Staates Iowa, und endlich der Bürger Charles E. Hughes, der sich durch die Ausführung der Enquête über die Vertragsverhandlungen einen angesehenen und bekannten Namen gemacht hat. Die empore Entscheidung obwohl sie durch auf republikanischer Seite zwischen Root und Gannon fallen, steht erstmals die persönliche Freundschaft und Einfluss Theodore Roosevelt's zur Seite, so kann letzter auf die Unterstützung der Trusts rechnen, denn er steht der gegenwärtigen der Amerikanischen Trustbewegung gegenüber. Selbst Roosevelt ist eine von übertriebenen Sorge jenseits und der Wohlstand des Landes nicht dienlich. Darüber, ob gegen den die Anklage verweisenden Abgeordneten die Bezugspflicht galten soll, spricht Prof. Baudiss nicht aus. — Auch hinsichtlich des Durchsetzung der Rechte eines Abgeordneten kommen nach seiner Meinung keine anderen rechtlichen Grundsätze in Betracht wie hinsichtlich der Bezugspflicht. Kein Geist verleiht den Reichstags- oder Landtagsabgeordneten in dieser Beziehung ein Privilegium, auch daß in Sachen des Abg. Erkinger ein Durchsetzung im Reichstagsschluß zu einer Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt war, stattgefunden hat, sei ohne Bedeutung. Nach der Geschäftsführung für den Reichstag § 62 steht dem Präsidenten des Reichstags die Handhabung der Polizei im Spiegelsaal und in den Auditorien zu; dadurch werde nicht für das Reichstagsgebäude eine Art von Territorialität gegenüber den Staatsbehörden begründet. Die Geschäftsführung sei kein Gesetz und kann die Strafverfolgung nicht abändern oder ergänzen; sondern sie eine gerichtliche Durchsetzung sein als der Polizei; endlich kann der Präsident die Polizei nicht handhaben zu einer Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt ist und der

nationalester Streitigkeiten sei im Hochzeiten begripen. Wenn Amerika den Abschluß eines allgemeinen Vertrages vorschlagen würde, wonach Streitigkeiten der Haager Konferenz oder einem anderen Schiedsgerichtshof zu unterbreiten sind, so würde eine Reihe von Staaten sich geneigt finden, den Vertrag beizutreten. Der Rektor bestimmt im weiteren Verlaufe seiner Rede die Trutzfrage als die brennendste und thwang als Mittel zur Besserung der augenblicklichen Lage vor, daß die Geschäftsräume durch die Bundesregierung zu konfiszieren seien und daß der Präsident ermidrigt sein solle, auf eine förmliche Worte zu jehen, die mit den von mir Trusts bezeichneten konkurrieren. Er brachte die Hoffnung aus, daß die Trutz mit der Wurzel ausgerottet würden. In der Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen möchte Bryan den Vorwurf der Bandenkriegsleitung folgen, die Bundesregierung sollte die Hauptlinien und die Einzelbahnen die lokalen Minen übernehmen. Zum Schluß erklärte er, die Zeit sei gekommen, um die Unabhängigkeit zu stützen, welche die Kraft des Volkes ausmache.

\* New York, 31. August. Bryan sprach in seiner Schlusserklärung für Republikaner und, mit Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, um bilden möge. Der Großgrundbesitz sei ein Glück für Europa, aber ein Kinderspiel gegenüber der Verderblichkeit der Trusts.

Über seine Hinwendung zur Silberwährung, die schon

seitmal eine Niederlage als Präsidentenwahlkandidat verhulte, hat sich Bryan vorsichtigerweise nicht auszusprechen.

## In eigener Sache.

In der letzten Sitzung der Zwidsauer Stadtverordneten ist u. a. der Bericht des Leipziger Tagesschau über das Fürstentum und den damit verbundenen Festtag zur Sprache gebracht worden. Beantwortet wurden zwei Stellen des Berichts, deren eine sich damit beschäftigte, daß der Festtag nicht programmäßig verlaufen sei, und deren andere erwähnte, mon gehe jetzt in Zwidsau den tierstieligen Brillen, nach warm der König den Feind nicht begewohnt habe. Das Stadtverordnetenkollegium hat in einer Entschließung den letzten Bassus entschieden mitbilligt und die Ansicht ausgesprochen, daß diese in bestechender und gefährlicher Weise geführten durch nichts begründeten Verdächtigungen dazu angeleitet sind, das Zwidsauer Bassus noch außen hin zu schädigen". Der Stadtverordnetenvorsteher beantragte noch einen, gleichfalls einstimmig angenommenen Satz, in dem das Kollegium dem Oberbürgermeister, gegen den sich die Spule des Tagesschau-Kritikels richtet, sein vollstes Vertrauen zu seiner Amtsführung aussprach.

Wir haben zunächst zu bemerken, daß wir unserem Berichtsteller nur seiner Entsendung und dem stärksten Objektivität zur Pflicht genutzt haben. Unser Berichtsteller hat in der Tat diese Objektivität in seiner für uns erkennbaren Weise verlegt. Die Vermängelung eines kleinen Teiles des Berichts steht in seinem Verhältnis zu der ausführlichen und lebhaften Anerkennung, die der Berichtsteller über das Gelingen des Tages zum Ausdruck gebracht hat. Was der Bassus über die Abwesenheit des Königs anlangt, so haben wir darin keine Spur gegen den Oberbürgermeister erbliden können; vielmehr hat uns unser Berichtsteller versichert, daß er lediglich auf die Realität zweier großer Nachbarländer Zwidsau habe hinweisen und damit sagen wollen, daß der übermäßige Königsbesuch wohl unterblieben sei, um diese Städte nicht zurückzufügen.

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie:

\* New York, 31. August. Der demokratische Präsidentenwahlkandidat Bryan hielt bei einem aus Anlaß seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Teilung in einer

Zeitung eine nachfolgende Telegrafie: